

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auer Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unentgeltlich eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Russland: Die Russen...
Österreich: Die Österreicher...
Frankreich: Die Franzosen...

Wirtschaft: Die Wirtschaft...
Arbeitsmarkt: Der Arbeitsmarkt...

Nr. 272

Freitag, den 22. November 1918

13. Jahrgang

Die Vorfriedensverhandlungen in Versailles in Vorbereitung.

Die Abrüstung des Krieges und der Aufbau der Friedenswirtschaft.

Das Ziel aller Maßnahmen, die jetzt bei der Abrüstung getroffen werden, ist der Aufbau einer neuen Friedenswirtschaft, der Anfang einer besseren Zukunft für alle deutschen Männer und Frauen. Wie in der deutschen Politik, so soll auch in der deutschen Wirtschaft ein neues Leben beginnen. Was brauchen Vorkriegsleute, so ist in der Heimat gewonnen sein.

Das Wirtschaftsleben bedeutet eine Organisation, wie etwa eine Maschine. Alle Teile stehen in einem inneren Zusammenhang miteinander. Wenn ein Teil falsch läuft, wird der ganze Apparat gestört und in seinem Arbeitserfolg in Frage gestellt. Jeder ist aber ein Glied in dieser Maschine und in diesem Zusammenhang des ganzen Wirtschaftslebens.

Die Auflösung des Heeres muß schon aus diesem Grunde in Ruhe und Ordnung vor sich gehen. Jeder muß dabei helfen und hilft dadurch sich selbst, seiner Familie und dem deutschen Vaterland. Wir wissen alle, daß der Wirtschaftsgang sich in bestimmten Stufen abspielt. Zuerst müssen die Transportmittel richtig arbeiten, damit jeder Mann und jeder Arbeiter dorthin gebracht werden kann, wo die Arbeit geübt werden soll, also müssen zuerst alle jene Soldaten entlassen werden, die bei den Verlast- und Transportunternehmungen tätig waren und dort auch wieder eingestellt werden sollen. Dann müssen Rohstoffe beschafft werden, wo immer in Deutschland sie gewonnen werden können. — Demgemäß sollen die Bergarbeiter so rasch wie irgend möglich für ihre Arbeit freigegeben werden.

Hierzu, wie überhaupt zur Aufrichterhaltung unseres ganzen Lebens ist Elektrizität, Gas und Wasser unentbehrlich. Deshalb müssen auch dafür die Arbeitskräfte gestellt werden.

Viele können nicht ohne weiteres eine Arbeitsgelegenheit finden. Die Arbeitsnachweise und die ganzen Organisationen der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber müssen deshalb möglichst rasch für die großen Aufgaben gerüstet werden, für die sie bei der Rückkehr der Soldaten gebraucht werden — die Angehörigen dieser Organisationen und Kommissare müssen daher ihre Tätigkeit aufnehmen können, ehe die Arbeitsnehmer in der Heimat passende Arbeitsgelegenheit zu angemessenen Bedingungen finden können.

So ist eine gleichzeitige Entlassung von Allen oder gar ein willkürliches Weglaufen von der Truppe unvereinbar mit ihren eigenen wichtigsten Bedürfnissen. Unser ganzes Wirtschaftsleben läßt sich nicht ohne sie aufschreiben, sondern es muß darunter stehen. Selbstverständlich wird niemand entlassen, der noch nicht entlassen werden will; die Truppe wird für ihr noch weiter sorgen. Ebenso selbstverständlich werden in jeder Reihenfolge, wie der Wirtschaftsbetrieb sie erforderlich macht, die älteren Jahrgänge zuerst und die jüngeren später entlassen werden; Familienälteste früher als ledige Männer.

Es wird an Arbeitsgelegenheit in Deutschland nicht fehlen. Die Arbeitsgeber haben sich den Arbeitsnehmer-Organisationen gegenüber schon bindend verpflichtet, alle ihre früheren Arbeiter und Angehörigen, wenn sie es wünschen, wieder in der gleichen Stelle einzustellen. Jeder tut dabei gut, wenn er sich nach der Entlassung an den Ort bezieht, wo er vor dem Kriege beschäftigt war und bei seiner alten Arbeitsstelle nach Beschäftigung fragt. Wer nicht in seine alte Arbeitsstelle zurückkehren will, wird dazu in seiner Weise gezwungen. Wer neue Arbeit sucht, wende sich an den Arbeitsnachweis, der ihm am nächsten liegt. Es ist dafür gesorgt, daß über ganz Deutschland die örtlichen Arbeitsnachweise miteinander in Verbindung stehen. An jeder Stelle weiß also jeder Arbeitsnachweis, wo etwa Arbeitsgelegenheit noch unbekannt ist.

Voraussetzung für einen richtigen Gang dieser Maschine ist aber, wie immer betont werden muß, daß die Ausbildung des Heeres in Ruhe und Ordnung und nach den allgemeinen Vorschriften und Plänen abläuft. Der Einzelne muß sich dem Ganzen unterordnen. Alle für Einen. Einer für alle — das ist die Botschaft, die wir uns zu merken, sich mit Gewalt in die große Industrie zu drängen, wo die Schwierigkeiten der Ernährung und der Unterkunft — wie alle

wissen — besonders groß sind. Es wäre auch unklug, nur in Großbetrieben nach Arbeit zu fragen. Die Arbeitsgelegenheit auf dem Lande und in den kleinen Betrieben ist vielfach günstiger. Für gute Wohn- und Arbeitsbedingungen wird in Stadt und Land, in Groß- und Kleinbetrieben gleichmäßig gesorgt. Gewerkschaften und Arbeitgeber-Organisationen arbeiten — eine wichtige Errungenschaft des Krieges! — Hand in Hand miteinander.

Noch einmal sei es gesagt: Wenn die Abrüstung in Ruhe und Ordnung vor sich geht und niemand auf eigene Faust handelt, dann wird aus dem Kriege neues Leben rasch erwachsen. Der Soldat wird nicht nur Leben und Gesundheit pflegen, sondern auch Freiheit und Wohlstand belangen.

Keine weitere Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Jochs Antwort.

Der Vorsitzende der ständigen Waffenstillstandskommission in Spa, General von Winterfeld, hat auf eine Reihe deutscherseits vorgeschlagener Erleichterungen von Seiten des Marschalls Joch folgende Antwort erhalten:

Den im Briefe des Generalmajors von Winterfeld vom 18. November enthaltenen Forderungen bezüglich der militärischen Bedingungen des Waffenstillstandes kann keine Folge gegeben werden.

Der deutsche Protest.

Daraufhin hat General von Winterfeld im Einverständnis mit dem Staatssekretär Erzberger folgenden Protest abgegeben: Die Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen, welche von der deutschen Waffenstillstandskommission in ihrer Note vom 18. November unter eingehender Begründung angeregt worden war, ist von Marschall Joch rundweg abgelehnt worden. Es bleiben daher Bedingungen in Betracht, die sie in der Geschichte wohl noch nicht auferlegt worden sind. Ein modernes Heer von über 3 Millionen Mann mit seinem komplizierten technischen Apparat soll in Gewaltmärschen, in ungünstiger Jahreszeit, auf vielfach schlechten und gebirgigen Wegen über die Dellen des Rheines in voller Ordnung zurückgeführt werden. Die Mobilisierung der Gebiete, die von diesen Heereskolonnen durchzogen werden, soll dabei vor jeder Belästigung bewahrt bleiben. Gleichzeitig werden dem Heere gewaltige Transportmittel abgenommen, und ein ungeheures Kriegsmaterial und viele Tausende von Gefangenen der verschiedensten Nationalitäten sollen ordnungsgemäß und in tadellosem Zustande abgezogen werden. Es darf an das unparteiliche Urteil jedes erfahrenen Offiziers der Truppe oder des Generals appelliert werden, um zu entscheiden, ob eine derartige Leistung überhaupt im Bereiche der Möglichkeit liegt. Die Kriegsgeschichte wird in dieser Beziehung später ein sehr deutliches Urteil sprechen. Nachdem somit eine Milderung der praktisch völlig unausführbaren Bedingungen abgelehnt worden ist, trotzdem die militärischen und politischen Verhältnisse, die zur Aufstellung solcher Bedingungen geführt hatten, sich seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Grund aus verändert haben, kann nur angenommen werden, daß es die Pflicht des Oberkommandos der Allierten ist, nach während des Waffenstillstandes ein Heer billig aufzulösen und zu vernichten, das während 50 Monaten gegen übermächtige Gegner ruhmvoll standgehalten hat und dessen Front bei Einstellung der Feindseligkeiten nicht durchbrochen war. Tausende von tapferen Männern, die in Erfüllung ihrer Pflicht für ihr Vaterland gekämpft haben, werden infolge der aufgegebenen Gewaltmärsche als Opfer der Erschöpfung am Wege liegen bleiben oder kurz nach dem Einsetzen der Heimat in Gefangenschaft geraten. Es darf wohl die Frage aufgeworfen werden, ob ein derartiges Ergebnis dem Sinne eines Waffenstillstandes entspricht, der doch den Zweck haben

sollte, die Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen und einen Frieden der Versöhnung und der Berechtigung anzubahnen, oder ob nicht vielmehr eine solche Erzwingung unmöglicher Bedingungen eine nutzlose Fortsetzung der Feindseligkeiten in besonderer unerbittlicher und unmenschlicher Form darstellt. Daß durch die schonungslose Ausführung der harten Waffenstillstandsbedingungen das deutsche Volk mit seinen Frauen und Kindern von Unruhe und Hungersnot bedroht werden wird, ist zu wiederholten Malen mit größtem Nachdruck hervorzuheben worden. Diese den Geboten der Menschlichkeit entsprechenden Vorstellungen scheinen keinerlei Beachtung gefunden zu haben. Unter solchen Umständen bleibt dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission nur übrig, noch einmal ausdrücklich zu erklären, daß Deutschland auch weiterhin alles tun wird, was in Menschenkräften steht, um das Waffenstillstandsabkommen gewissenhaft zu erfüllen, daß aber für eine geordnete und pünktliche Durchführung der erzwungenen Bedingungen keine Gewähr übernommen werden kann, und daß die Verantwortung für alle weiteren Folgen, die schließlich ihre Rückwirkung auf das ganze westliche Europa haben werden, feierlich und vor aller Welt abgelehnt wird.

Einigung über kritische Punkte.

Ueber eine Reihe von strittigen Fragen des Waffenstillstandsabkommens wurde durch die ständige Kommission in Spa Übereinstimmung mit Marschall Joch herbeigeführt. Die wichtigsten Punkte sind: In Elsaß-Lothringen können alle demobil gemachten Personen, einschließlich der Offiziere, die bereits dort sind oder dorthin entlassen werden, verbleiben oder dorthin zurückkehren. Für die besetzten Gebiete auf dem linken Rheinufer gilt, daß alle demobil gemachten Personen, einschließlich der Offiziere, dort verbleiben oder zurückkehren können, wenn sie vor dem Kriege dort ihren Wohnsitz hatten. Ueber die Art der Besatzungstruppen im linksrheinischen Gebiete ist noch nichts verfügt, dagegen besteht vollkommene Übereinstimmung, daß die deutsche Verwaltung im linksrheinischen Gebiete während der Zeit der Besetzung bestehen bleibt. Der Schutz des Eigentums und der persönlichen Freiheit ist gewährleistet. Entgegen einigen zutage getretenen Ansichten ist festzustellen, daß alle Verbesserungen, welche die Waffenstillstandskommission vor dem Abschluß des Waffenstillstandes erreicht hat, voll aufrechterhalten bleiben. Weitere Milderungen sind jedoch nicht erreicht worden. Deutsche Waffenstillstandskommission. Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Das Rheinland will deutsch bleiben

In einer gewaltigen Bürgerversammlung in Koblenz, zu der die liberale, sozialdemokratische und Zentrumspartei eingeladen waren, wurde nach einer Rede des Oberbürgermeisters, der die etwaige Abtrennung der Rheinprovinz von Deutschland besprach, folgender Beschluß angenommen: „Tausende von Koblenzer Männern und Frauen bekennen sich einmütig als treue Deutsche, die auch getrost und in jeder Gefahr den Gedanken einer Trennung vom Deutschen Reich weit von sich weisen. Was auch kommen mag, niemals werden sie schwankend werden in ihrer Liebe zum deutschen Vaterlande.“

Zur inneren Lage.

Das Feldheer für die Nationalversammlung.

Bei der Reichsregierung laufen von allen Teilen des Heeres Eide von Telegrammen ein, die den schärfsten Einspruch dagegen erheben, daß der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat sich anmaßt, für das gesamte Reich zu sprechen, ohne daß die heimkehrenden Truppen gefragt werden. Aus der Fülle der Depeschen sei nur das folgende Telegramm des Soldatenrates Aittich an Oberherausgegriffen: „Der Soldatenrat Aittich stellt sich rückhaltlos hinter die von Ihnen vertretene Regierung und ihr Programm. Er wird jedem Versuch einer Milderung, die Regierungsgewalt an sich zu ziehen, mit schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Die zukünftige Staatsform kann nur auf Grund des allgemeinen Wahlspruchs nicht über den Kopf des Volkes und der heimkehrenden Truppen hinweg durch Delegationen willkürlicher Minderheiten festgelegt werden. Der Soldatenrat ist der Ansicht, daß die

Waffenregierung hierin auf die erdrückende Mehrheit der Armeen rechnen kann, und fordert sie auf, sich nötigenfalls in den Schutz des Herres zu stellen.

Die Arbeiter- und Soldatenräte fahnen folgende grundlegenden Beschlüsse: Die politische Macht ruht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, bis die Früchte der Revolution gesichert sind. 2. Alle Banken, Großindustrien und der großagrarische Grundbesitz werden als Nationaleigentum erklärt. 3. Es ist Sorge zu treffen, daß alle Regierungsmassnahmen nur auf die Sozialisierung hinarbeiten, und zwar im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldatenräten, und daß hierbei die Bourgeoisie ausgeschaltet wird. Die Resolution wurde einstimmig angenommen; auch von den Arbeiter- und Soldatenräten, die zu gleichen Teilen aus Scheidemann- und Haase-Gruppen zusammengesetzt sind und unter denen sich auch Gewerkschaftsführer befinden

Ein nationalliberaler Aufruf.

Im Namen des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei wenden sich die Herren Friedberg, Stresemann und Vogel an ihre Parteigenossen und an die breite Öffentlichkeit. Sie betonen im Eingange ihres Aufrufes, daß der Wunsch nach Verschmelzung der beiden liberalen Gruppen keine weite Kreise umfaßt hatte. Die Verhandlungen nahmen denn auch anfangs einen durchaus zufriedenstellenden Verlauf. Dann heißt es wieder weiter: „Die Auffassung der Fortschrittlichen Volkspartei, daß die Vereinigung sich auch auf die neue demokratische Partei beziehen müsse, konnten wir nicht teilen, da die Forderungen dieser Partei sich nach unserer Auffassung mit der Ueberzeugung unserer Wählerschaft nicht deckten. Das stellt die nationalliberale Partei vor die Aufgabe selbständig zu bleiben und auch selbständig in einen eventuellen Wahlkampf einzutreten.“ Die Nationalliberalen wollen nun eine neue Partei gründen mit folgendem Programm: 1. Herstellung der Ruhe und Ordnung im Innern und deshalb Unterstützung aller Bestrebungen der tatsächlichen Regierung. 2. Schleunige Einberufung einer verfassungsgebenden Körperschaft, ohne deren Zustimmung, Änderungen in bezug auf die Staatsverfassung und Wirtschaftsverhältnisse ungescheit bleiben. 3. Schleunige Herbeiführung des Friedens, damit der neue Ausbau des deutschen Staates und der neuen Wirtschaft stattfinden kann.

Eine Zentralvorstandssitzung soll in kürzester Frist einberufen werden, um zu dem neuen Programm Stellung zu nehmen.

Die Deutsche demokratische Partei.

Die Fortschrittliche Volkspartei und erhebliche Teile der Nationalliberalen haben sich mit den Unterzeichnern des demokratischen Aufrufes vom 16. November über den Grundgedanken dieses Aufrufes vereinigt. Die großdemokratische Partei ist dadurch ins Leben gerufen worden. Sie führt den Namen Deutsche demokratische Partei. Sobald es die Verhältnisse gestatten werden, soll ein auf breiterer demokratischer Grundlage gewählter Delegiertentag die Verfassung und Geschäftsführung der Partei endgültig festlegen. — In Dresden hat sich ein Ausschuss zur Gründung einer allgemeinen demokratischen Partei für Sachsen gebildet.

Auf dem Wege zum Frieden. Der Friedenskongreß.

Der Londoner „Daily News“ schreibt: Ich bin in der Lage, die getroffenen Vereinbarungen in Sachen des Friedenskongreßprogramms bereits jetzt zu melden. Die Vorbereitungen umfassen drei verschiedene Konferenzen. Als erste wird in London das Reichskriegskabinett zum Zusammenkommen zur Feststellung der Politik des britischen Reiches. Sämtliche Premierminister der Dominions werden sich an diesen Beratungen beteiligen. Etwa Mitte Dezember wird in Paris eine wichtige interalliierte Konferenz stattfinden. Hier werden die Delegierten ihre Gedanken austauschen und ihre Ansichten miteinander in Einklang bringen. Es wird hier ein großer Stab von Sachverständigen auf militärischem und Marinegebiet erwartet, sowie andere Fachmänner der verschiedenen Regierungen. Die britische Delegation allein wird aus 200 Personen, Offizieren und Beamten bestehen. So früh wie nur möglich, im Januar, wird in Versailles die große Friedenskonferenz zusammenzutreten, wo die Entente-Delegierten sowie Abordnungen aus Deutschland, Oesterreich und der Türkei anwesend sein werden. Die Konferenz, die in Versailles tagt, wird ihr Hauptquartier in Paris haben.

Kleine politische Meldungen.

Herr Richard Emil zu Dohna-Schloditten ist in Königsberg (Ostpr.) an den Folgen der Grippe gestorben. Der Verstorbene besaß sich unter den Ehrenhausmitgliedern, die, um für das gleiche Wahlrecht zu stimmen, aus der konservativen Partei austraten.

Seimlicher Waffenhandel? Die „Germania“ richtet folgende Frage an die Regierung: „Ist der Regierung nicht bekannt, daß ein heimlicher, aber nicht unbedeutender Waffenhandel im Schwange ist, und was gedenkt sie dagegen zu tun? Wenn es weiter möglich bleibt, sich in kleinen Schritten und ähnlichen Lokalen für billiges Geld mit Revolvern, Gewehren und sogar Maschinengewehren zu versorgen, wird es nicht mehr lange dauern können, bis die Regierung sich einer wohlbewaffneten Anarchie gegenübersehen, derselben Anarchie, deren Herr zu bleiben die Bürgerkriegs- und die Sozialdemokratie gemeinsam interessiert sind.“

Große Schiffsbaupläne Amerikas. Der amerikanische Marinearchitekt Daniels erklärte in einer Gesellschaft von Marinearchitekten und Marineingenieuren: Die Vereinigten Staaten werden fortsetzen, Schiffe zu bauen und werden ihr großes Schiffsbauprogramm fortsetzen, nicht weil wir die kleinen Völker beherrschen wollen, sondern um den großen und kleinen gleichermäßen die Freiheit der Meere zu sichern und zur Ueberwachung der Welt beizutragen.

Die Italiener in Fiume. Am Mittwoch haben italienische Truppen zusammen mit Verbänden der Alliierten die Stadt Fiume besetzt. Der Einzug verlief ohne Zwischenfälle.

Wesen gegen den Seimlichhandel. In einer sehr zahlreich besuchten Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Posen wurde in scharfer Weise Stellung genommen gegen

die geplante Einrichtung des Armeesoberkommandos Seimlichhandel. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß durch den Zusammenstoß der deutschen und polnischen Bevölkerung die Regierung in Stadt und Provinz Posen sichergestellt sei. Die Reichsregierung wird ersucht, die unter der Bezeichnung Seimlichhandel-Ost geplante Maßnahme unverzüglich rückgängig zu machen, da sie geeignet ist, Ruhe und Frieden in der Provinz aufs Schwerste zu gefährden. Die Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Posen sind in der Lage, den vollen Schutz an den Grenzen und im Innern der Provinz zu übernehmen. Baumwollverfälschungen. Es wird bekanntgegeben, daß alle Beschränkungen für die Verschiffung von Baumwolle aufgehoben wurden, außer der nach Deutschland und den nordeuropäischen neutralen Ländern. Man nimmt an, daß diese Beschränkungen für die letzteren erreicht werden, sobald Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt hat.

Von Stadt und Land. Stadtverordnetenversammlung zu Aue vom 21. November.

Der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten ging eine geheime gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften voraus. Die um 5 Uhr begann und sich bis fast gegen 1/8 Uhr ausdehnte. Naturgemäß hatten die Stadtverordneten dann keine Zeit mehr, die ganze sieben Punkte umfassende Tagesordnung der öffentlichen Sitzung noch zu erledigen und so wurden aus dieser nur vier Punkte herausgegriffen und in beschleunigtem Tempo verabschiedet. Der Vorsitzende, Herr Beizevorsteher Wä, nahm dabei Gelegenheit, — worauf wir in unserem Blatte schon früher einmal hingewiesen hatten — auf die unglückliche Verquickung der gemeinschaftlichen Sitzung beider Körperschaften mit der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung zu verweisen, die dazu führen muß, daß die Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen angesichts der Uebermüdung des Kollegiums einfach durchgepeitscht wird. Aber auch der Presse kann man es ferner nicht zumuten, stundenlang auf den Beginn der öffentlichen Sitzung zu warten, deren Termin nicht angegeben ist.

Das Kollegium war gestern nahezu vollzählig. Einige der Mitglieder waren aus dem Felde zurückgekehrt, darunter der Vorsitzende Herr Justizrat Kaabe. Auch die Stadträte waren mit Ausnahme des Herrn Gehner in corpore anwesend, nur Herr Bürgermeister Hofmann fehlte, der aber bereits der geheimen Sitzung beigewohnt hatte. Der Sitzungssaal zeigte in seinem Inneren wieder das gewohnte Bild, d. h. die Leinwand, mit der die Seiten des Saales zur Verbesserung der Akustik verhängt gewesen waren, war verschwunden und es war die ursprüngliche Sitzordnung wieder hergestellt worden. Anschließend haben die Stadtverordneten und Stadträte die neue Sitzordnung als so ungemütlich empfunden, daß sie sich rasch wieder ihrer entledigen wollten. Zum ersten Male seit langer Zeit sah man auch zahlreiche Zuhörer im Zuhörerraum.

Ansprache des Vorsitzenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verwies Beizevorsteher Wä darauf, daß das Kollegium zum ersten Male wieder versammelt sei, seitdem die Katastrophe über unser Volk hereingebrochen ist. Sie ist hervorgerufen worden durch Verrat, durch Lug und Trug. Nun haben wir ein Staatsgebilde, dessen Zukunft noch in der Luft hängt. Noch wissen wir nicht, wohin das Schiffelein geht. Aber so wie der Rat unserer Stadt sich der vorläufigen Regierung zur Verfügung gestellt habe, so werde das auch das Stadtverordnetenkollegium im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung tun und es werde nichts Geringtilliges unternommen.

Verwendung von Weihnachtsgeschenken.

Beizevorsteher Wä machte dann den Vorschlag, der vorgelegten Stunde wegen und wegen der Kälte im Saale von der Tagesordnung einige besonders eilige Punkte herauszugreifen und den Rest abzulehnen. So wurde zunächst Punkt 1, betr. die anderweitige Verfügung über die noch vorhandenen Weihnachtsgeschenke für das 19. Armeekorps, behandelt. Dadurch, daß der Korpsverband sich aufgelöst hat, ist der frühere Beschluß über die Verwendung hinfällig geworden. Nun hat Frau Bürgermeister Hofmann als Vorsitzende des hiesigen Albert-Zweigvereins gebeten, ihr 200 Pakete zur Verwendung für den Verein unentgeltlich zu überlassen. Die noch verbleibenden Pakete sollen bedürftigen Auer Soldaten überlassen werden.

Das Kollegium stimmte bedankend diesem Antrage zu.

Hauptwasserleitung Niederschlemaer Weg.

Für die Wasserzuführung auf dem Grundstücke der Firma Lederer u. Strobel auf dem Niederschlemaer Weg waren für Erdarbeiten am 17. Oktober zu Konto 15 des Haushaltes 500 Mark bewilligt worden. Dafür sollte die genannte Firma die Hälfte des von der Stadt für die Wasserleitung aufzuwendenden Kapitals (2080 Mark) mit 5 Prozent verzinsen. Nach einem neuerlichen Ratsbeschlusse wird nun die Verzinsung für die Firma auf 1/3 herabgesetzt, dafür aber hat die Firma die Kosten der Erdarbeiten selbst zu tragen. — Das Kollegium stimmte dem zu.

Ein Abkommen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Rat bezw. Bürgermeister Hofmann hat in einer Konferenz mit dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat am 12. November ein Abkommen getroffen, das u. a. die Bestimmung enthält, daß, soweit durch die Mitarbeit des A. und S. Rates und die Veröffentlichungen darüber Kosten entstehen, diese durch ein Berechnungsgeld gedeckt werden sollen. Das Kollegium wird gebeten, diesem Punkte des Abkommens beizutreten.

Stadtb. Verlaß beantragte die Beilegung des ganzen Abkommens. Es würden verschiedene Kosten entstehen, so z. B. für die Teilnahme des A. und S. Rates an Verhandlungen des Bezirksausschusses, der Kreishauptmannschaft, für die Sicherheitsmann-

schaften in Aue (100 Mann, aus Arbeitern zusammengestellt) usw.

Die Beilegung wurde vom Kollegium gutgeheißen. Aus den Abmachungen geht hervor, daß die Verwaltung der Stadt künftig nicht ohne Mitwirkung des A. und S. Rates erfolgen soll. Eine bis in alle Einzelheiten der Verwaltung gehende Mitarbeit des A. und S. Rates hatte Bürgermeister Hofmann abgelehnt, wenn anders der Rat die volle Verantwortung tragen soll. — Bei Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung und beim Verkehr mit den Oberbehörden ist die Mitwirkung des A. und S. Rates zuzulassen. Der A. und S. Rat bildet einen geschäftsführenden Ausschuss, dem zu seinen Beratungen das bisherige Amtsstübchen des juristischen Hilfsarbeiters auf dem Rathhause eingeräumt wird. Bei Verwaltungssachen erfolgt die Gegenzeichnung des A. und S. Rates. Es wird eine freiwillige Sicherungsmannschaft aus dem Arbeiteriat gebildet, die bei event. Unruhen, ferner zur Bewachung der städtischen Lebensmitteldorräte, des Gas- und Elektrizitäts- und Wasserwerks, der Sparkasse usw. in Tätigkeit treten soll.

Der A. und S. Rat forderte ferner Zulassung einer Abordnung zu den Ratsitzungen, um eine etwa abweichende Politik des Rates verhindern zu können. Bürgermeister Hofmann lehnte dies ab unter Hinweis darauf, daß der Rat sich seiner Verantwortung bewußt sei und auch fernerhin in seinen Beschlüssen für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sorgen werde. Weiter erklärte er, er würde es nicht für angängig halten, gegen bewährte städtische Beamte Maßnahmen zu ergreifen.

Der A. und S. Rat forderte demgegenüber ein taktvolles Verhalten der städtischen Beamten gegenüber dem Publikum und die Entsendung eines Kontrollbeamten zur städtischen Lebensmittelverteilung. Er schlug dafür den Lagerhalter des hiesigen Konsumvereins vor, was akzeptiert wurde.

Es folgte dieser Beilegung nun eine kurze Erörterung über den oben erwähnten Ratsantrag betreffend die Bewilligung eines Berechnungsgeldes. Stb. Verlaß schlug hierfür 3000 Mark vor. Schließlich wurde ein Antrag des Stadtrates Hofmann angenommen, den Antrag an den Rat mit dem Ersuchen zurückzugeben, dem Finanzausschuß über die Höhe des Rechnungsgeldes eine Vorlage zu machen und diese dann an das Kollegium zurückgelangen zu lassen. Grundsätzlich war das Kollegium mit dem Ratsantrage einverstanden.

Stadtratswahlen.

Zu Punkt 7 (Kenntnisnahmen) richtete Beizevorsteher Wä die Frage an das Kollegium, ob Stadtratsverordneten neuwahlen wie im Vorjahre bis zum Eintritte geordneter Verhältnisse verlagert und ob dagegen Neuwahlen für die verstorbenen Stadträte Cahler und Gantzer vorgenommen werden sollten? Auf diese Weise könne man dann Vertreter der Arbeiterschaft in den Stadtrat hineinbringen. Das Kollegium erklärte sich mit der Neuwahl von Stadträten einverstanden.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung soll in acht Tagen stattfinden.

s. Festlicher Empfang heimkehrender Truppen in Aue. D.

Gestern stattgehabte gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften beschäftigte sich u. a. auch mit einer Zuschrift des Kolonialrates des A. und S. Rates Leipzig, in welcher mitgeteilt wurde, daß in Aue ein Landsturmbataillon und vielleicht auch noch ein weiteres Bataillon demnächst zur Demobilisierung eintreffen werden. Diesen Truppen soll ein festlicher Empfang bereitet werden, und es ist vorgelesen, an den Tagen des Einzuges Bahnhof, Straßen und Plätze, die bei dem Einzug berührt werden, festlich zu beleuchten, zu schmücken, Ehrenpforten und Triumphbögen zu errichten usw. Im Ubrigen sollen die Häuser besperrt werden, damit der Dank eines jeden Einwohnere gegenüber den Truppen, die das Vaterland verteidigten, zum Ausdruck komme. Die städtischen Körperschaften bewilligten für die Schmückung der Stadt und für die Stellung von Festmusik, ferner für andere zweckdienliche Veranlassungen ein Berechnungsgeld von 3000 Mark. Die Einwohnerzahl wird diesen Beschlüssen mit Freuden vorgehen. Sie bedauert den niederschmetternden Ausgang des Jahres, aber sie weiß auch, daß nicht ein besiegtes Volk vom Schlachtfelde zurückkommt, sondern ein Volk, das die glänzendsten Siege erfochten hat und unbesiegt heimkehrt. Sie wird ihr Teil zum Festempfang beitragen und bei der Schmückung der Stadt und der Häuser werden alle verfügbaren Kräfte in Anwendung kommen. Es greift natürlich kein Zweifel an, daß die Zusammenarbeit mit den bisherigen Ratsmitgliedern in den Reichs-, Landes- und Stadtratsparlamenten durch den Einzug der Truppen und die damit verbundenen Veranstaltungen von Aue aus in den Vordergrund treten werden. Die heimkehrenden Truppen sind für die Veranlassungen der Festlichkeiten zur Verfügung gestellt worden.

Vorbereitungen für die Nationalversammlung. In der Stunde der erregten Gefahr für den deutschen wirtschaftlichen Bestand hat sich am 22. November ein zahlreicher bürgerlicher Stab aus Aue und Umgebung entsprochen, um alle Schichten des Volkes einen Aufruf mit der Bitte um Zusammenkunft für die Vorbereitungen zu den Wahlen für die Nationalversammlung zu erlassen. Ferner sollen an

Bedauerliche Pfänderungen.

Berlin, 21. Nov. (Kont.) Au Helmut und Heer. Die Verpflegung des Heeres auf dem Westfront ist durch Pfänderungen von Verpflegungsmitteln und Verpflegungsmagazinen aufs äußerste bedroht. Helmut und Heer werden dringend aufgefordert, mit allen Kräften solche Verpflegungsmagazine zu verhindern, da sonst ein Zusammenbruch der Verpflegung mit schlimmsten Folgen unausbleiblich wäre. Pfänderung oder Verkauf einer solchen hat höchste Strafe zur Folge. Oberst. Haase. Götze.

Der Kaiser in Holland.

Haag, 21. Nov. In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer sagte der Vorsitzende des Ministerrats Ruys, der deutsche Kaiser sei als Privatperson nach Holland gekommen und betrafte sich als solche. Die ihm gewährte Gastfreundschaft beruhe auf den besten Ueberlieferungen des holländischen Volkes. Die Regierung werde aber genau darauf achten, daß von der Gastfreundschaft kein Gebrauch gemacht werde, der gegen die Interessen des Landes wäre. Die Regierung habe Ursache darauf zu rechnen, daß das nicht geschehen werde und daß auch der Kaiser und seine Umgebung dies im eigenen Interesse richtig verstehen werden.

Die Folgen der Luftangriffe auf England.

London, 21. November. (Reuter.) Ein amtlicher Bericht besagt: Bei feindlichen Luftangriffen und Beschädigungen in England wurden 488 Personen getötet und 1014 verwundet. Die Reparaturkosten für angerichtete Privatbeschäden werden auf 18 Millionen Mark geschätzt.

Englischer Deutschenhaß.

London, 21. November. Oberhaus. Lord Curzon erklärte, daß alle internierten Deutschen nach Hause geschickt werden würden, sobald der Krieg vorbei sei. Die Bill, die die Regierung vorschlägt, würde ihr die absolute Gewalt zum Ausschluß von Personen aus England auch in Friedenszeiten geben. Die Bill würde außerdem der Regierung ermöglichen, zwischen den Angehörigen verschiedener Länder einen Unterschied zu machen. Nach seiner persönlichen Meinung sollten überhaupt keine Deutschen nach England zugelassen werden.

Ein Befehl an englische Soldaten.

London, 20. November. Reuter. Der Kommandant der 4. britischen Armee, die zu den Besatzungstruppen am Rhein gehören wird, General Rawlinson, erließ einen Befehl an seine Truppen, worin er sie auffordert, nach Ueberbreitung der deutschen Grenze der Welt zu zeigen, daß britische Soldaten nicht gegen Frauen, Kinder und alte schwache Leute Krieg führen.

Veranlassung des englischen Parlament.

London, 21. November. Das Parlament wurde heute vertagt und wird am Montag aufgelöst werden. In der Thronrede, welche heute im Oberhaus verlesen wurde, wird u. a. gesagt, daß der Waffenstillstand Aussicht auf baldigen, ehrenvollen, dauernden Frieden gewähre. Die Rede enthält die Aufforderung, in den Anstrengungen nicht nachzulassen, bis die Verwüstungen des Krieges wieder gut gemacht sind.

Die österreichische Volkswehr.

Wien, 21. November. Im Kriegsministerium fand gestern in feierlicher Weise die Ernennung der ersten Offiziere der deutsch-österreichischen Volkswehr statt. Die groß ernannten Volkswehr-Deputierten entstammen durchweg dem Mannschaffsstande. In einer Sitzung des Staatsrates wurde über die gewaltsame Besetzung der tschechossowatischen Elemente berichtet. Das Staatsamt für Wehrwesen wird dagegen scharfsten Protest erheben. Ueberdies wurde beschlossen, die geeigneten Gegenmaßnahmen zu treffen.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai. Sonntag, den 24. November. (Totenfeier.) Kollekte für die ev. Deutschen im Auslande. Vorm. 8 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier mit Gesang: Pastor Dertel. (Anmeldungen bis Sonnabend Mittag erbeten.) Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt: Pfarrer Behmüller. Thorgebete: Vor der Predigt: Welt, ab, ich bin dein mude. H. gem. Chor v. J. Rosenmüller. 1888. Nach der Predigt: Sei getreu bis an den Tod. Tonjah v. J. H. Bögel. Vorm. 11 Uhr Abendgottesdienst der älteren Abteilung: Pastor Dertel. Vorm. 1/11 Uhr Taubstummen-gottesdienst im Pfarrhaus. Abends 8 Uhr liturgischer Gottesdienst unter Mitwirkung des Kirchenchores, zugleich Gedächtnisfeier für die seit 14. August 1918 gemeldeten Gefallenen aus unserer Gemeinde: Pastor Runde. (Aberkette zu 5 Pf. das Stück am Hauptingang der Kirche.) Abends 1/8 Uhr Jungfrauenverein. Abends 8 Uhr Männerverein. Junglingsverein: Abends 8 Uhr Vereinsabend mit Vortrag. — In Kuchhammer: Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Runde. (Kollekte für die ev. Deutschen im Auslande.) — Mittwoch, den 27. Nov., abends 8 Uhr Beichtunde mit darauffolgender Beichte und Abendmahlsfeier: Pastor Runde. — Freitag, den 29. November, abends 1/8 Uhr Vorbereitung zum Abendgottesdienst: Pfarrer Behmüller. — Sonnabend, den 30. November, haben ausnahmsweise die Mädchen des 1. und 2. Bezirks, nicht die Anaben, Anfirmandentunde.

Friedensfeier.

24. Sonntag nach Dreieinigkeitt. (Zweiten Sonntag.) 1/8 Uhr: Beichte. 8 Uhr: Hauptgottesdienst. Thorgebete. Sammlung für die ev. Deutschen im Auslande. 8 Uhr: Gedächtnisfeier für unsere Verdammten. Kirchenchorgebete. Liebesbrief 10 Pf., Empore 20 Pf. Gesangbuch mitbringen. — Mittwoch, den 27. Nov., keine Beichtunde. — Donnerstag, den 28. Nov., Vorbereitung für Abendgottesdienst. — Methodistische Kirche (Evangel. Freikirche) Wismarsche. 18. Sonntag vorm. 9 Uhr Gottesdienst: Prediger Dieck. 1/11 Uhr Sonntagsschule. Abends 7 Uhr Hauptgottesdienst: Prediger Dieck. — Freitag abends 1/8 Uhr Beichtunde: Prediger Dieck. Sabbatmahl ist herzlich eingeladen. — Methodistische Kirche. 24. Nov.: 9 Uhr d. Messe. 11 Uhr Gottesdienst in Schwabengenberg. Mittags 12 Uhr Messe 8 Uhr.

Vermischtes.

Wie Wilhelm II. durchschloß. Wie Mitglied des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates hat Wilhelm Carl das Schloß in Berlin besichtigt, in dem die zum Ausbruch der Revolution Wilhelm II. wohnt. Carl hat besonders Interesse für die Lebensmittel gezeigt, die im Schloß aufbewahrt waren. Darüber macht er der „Frankfurter Volksstimme“ folgende Mitteilung: „Ich bin den diensthabenden Unteroffizier, mir einmal die Lebensmittel seiner Majestät zu zeigen, wohlgerührt die Lebensmittel der kaiserlichen Braut auszuhalten, nicht etwa die des Hofstaates. Herr Carl führte mich in die großen Lagerdüme. Ich war darauf gefaßt, ein Lager vorzufinden, aber das dort gefundene übertraf doch alle meine Erwartungen. In großen, weißgetünchten Räumen stand hier alles, aber auch wirklich alles, was man sich an Lebensmittelvorräten überhaupt denken kann. Rein, ich muß mich verbessern, man kann es sich nicht ausdenken, daß nach vierjährigem Krieg noch solche ungeheure Mengen von Lebensmitteln aufbewahrt sind. Da finden wir Mehl und Getreide auf Eis, Sauerkraut in großen Säcken, Blütenweiches Mehl in Säcken bis an die hohe Decke aufgestapelt, laubende von Bier, Riesenbäffeln mit Schmalz, Kaffee, Tee, Schokolade, Gelee und Konerven jeder Art aufgeschichtet in unendlichen Reihen von blauen Zuckerkübeln, Säften, Marmeladen, Marmeladen usw. Der Wert der Vorräte beläuft sich auf mehrere Hunderttausend Mark. Wenn diese Lebensmittelvorräte augenblicklich nicht besser zu gebrauchen wären, so möchte man vorschlagen, sie unter der Aufsicht des deutschen Volkes im Nationalmuseum als ein einziges Zeichen zu erhalten, damit Kinder- und Rindskinder noch leben mögen, wie in Deutschland, während Millionen hungerten.“

Gehtgenommen wurde in Berlin auf dem Schlesischen Bahnhofe eine Bande von Plünderern, die mehrere Millionen in bar und große Lebensmittelmengen, besonders aus Jüden aus Rumänien, erbeutet hatte.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Vorbereitungen zur Vorfriedensverhandlung.

Bern, 21. November. Laut Temps sind in Versailles die Vorbereitungen für die Verhandlungen der Friedenspräliminarien in vollem Gange. An der Herstellung des Traktats, wo voraussichtlich die Plenarverhandlungen stattfinden werden, sowie des Schloßes wird eifrig gearbeitet. Der Spiegel, in welchem wahrscheinlich der Frieden unterzeichnet wird, ist bereits hergestellt.

(In demselben Saal fand 1871 die Proklamierung des deutschen Kaiserthums statt.)

Die Uebergabe unserer Kriegsschiffe und Geschütze.

London, 21. November. (Reuter.) Die deutschen Kriegs-schiffe, die heute übergeben wurden, bestanden aus neun Schlachtschiffen, fünf Schlachtkreuzern, sieben leichten Kreuzern und 50 Zerstörern. An der vereinbarten Zahl fehlten somit ein Schlachtschiff, ein Schlachtkreuzer und leichter Kreuzer. Es wurde indessen erklärt, daß diese Schiffe später übergeben werden würden. Ein leichter Kreuzer ließ bei der Fahrt über die Nordsee auf eine Mine und sank.

Berlin, 21. November. Am Mittwoch ist auch die dritte U-Boot-Staffel, bestehend aus 21 Booten, aus Helgoland zur Uebergabe ausgelassen, die vierte Staffel wird am Freitag, den 22. November folgen.

London, 21. November. Eine große Anzahl deutscher Geschütze wurde gestern in einzelnen Gruppen an verschiedenen Frontstellen durch britische Offiziere abgenommen. Die britischen Offiziere übergaben den Deutschen schriftliche Empfangsbescheinigungen.

Kämpfe deutscher Truppen mit Polen.

Berlin, 22. November. Wie der Sozialanzeiger hört, sind zum Schutze des Ostens der Stadt und das Rekrutendepot der 2. Gardebataillon, sowie 2 Pionierkompanien nimmehr nach Polen abgegangen. — Ueber eine Waffentat der deutschen Garnison in Lodz berichtet der Sozialanzeiger: 1700 Mann deutscher Soldaten aller Stämme haben sich aus Lodz zu Fuß mit den Waffen nach Deutschland durchgeschlagen. — Aus Oels trafen gestern die Vorliegenden des Soldatenrates in Berlin ein und gaben an, Generalgouverneur von Beselet habe mit den meisten Offizieren die Truppen bei Nacht und Nebel verlassen. Die deutsch-polnischen Offiziere seien zu den Polen übergegangen. Wo sich die deutschen Truppen entzweiten ließen, wurden sie nachher bis auf's Hemd ausgeplündert. Die Truppen aus Lodz und Babianke marschieren mit Gepäck und Waffen ab als sechste Truppen mit Sicherungen wie in Feindesland. Bei Seradz erkapften sie sich den Warteberg im Handgranatenkampf gegen polnische Legionäre. Vergeblich versuchten Offiziere vom Landsturmbatallion, sie an der deutsch-polnischen Grenze zur Auslieferung der Waffen an die Polen zu bestimmen. Diese heimgekehrten deutschen Soldaten sind der Ueberzeugung, daß durch Feindschaft und Verrat ungeheure Vorräte von Waffen und Lebensmitteln dem deutschen Volke verloren gehen.

Berlin, 21. November. Nach einem Bericht des Generalbevollmächtigten des deutschen Reiches für Litauen sind im Gouvernement für Litauen bei allen Militär- und Verwaltungsstellen Soldatenräte gebildet worden.

Die Heimkehr der Truppen.

Wachen, 21. November. Als erste Großstadt konnte Wachen die in ungebrochener Kraft heimkehrenden Fronttruppen begrüßen. Die Stadt trägt Flaggenschmuck. Alle Volksteile beteiligen sich an den Empfangsfeierlichkeiten. Die Reichsleitung erklärt an alle Heimkehrenden einen Begrüßungsauftrag.

größeren Orten des Bezirkes Schwarzenberg Volksversammlungen stattfinden, zu denen alle Schichten des Volkes eingeladen sind. Die Einberufer stellen sich durchaus auf den Boden der gemäßigten Sozialdemokratie und wollen diese in ihrem Bestreben, die Ordnung aufrecht zu erhalten, unterstützen. Bereits morgen Sonnabend 8 Uhr findet in Aue im Bürgergartensaale die erste große Versammlung statt, in der Schuldirektor Vorwerk aus Untersachsenberg sprechen wird. Wir raten, rechtzeitig sich einzufinden, da naturgemäß mit einem Massenbesuch gerechnet werden muß. Lebensmittel am Sonnabend: Margarine.

Von der Nikolaikirche. In der Nikolaikirche findet am Totenfest abends 6 Uhr ein liturgischer Gottesdienst statt, bei dem besonders unserer Gefallenen gedacht werden soll. Der Kirchenchor wird Solo- und Chorgesänge mit Aklavier- und Orgelbegleitung zum Vortrag bringen. Die Ansprache hält Herr Pastor Kunde. Im Anschluß an diese Feier wird zum Gedächtnis all unserer gefallenen Brüder das Ehrengeläut der Nikolaiglocken erklingen.

Ausführung des Heimatdank. In einer kürzlich abgehaltenen Sitzung des Werbeausschusses des hiesigen Heimatdank wurde Herr Fabrikbesitzer W. Schreiber zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt.

Die Erhöhung der Mehlration. Die Reichsgetreidestelle gibt bekannt, daß vom 1. Dez. d. J. ab die tägliche Mehlration allgemein um 40 Gramm erhöht wird. Den Schwer- und Schwerstarbenden wird diese Erhöhung auf ihre Zulagen angerechnet. Die erhebliche Besserung auch für sie liegt in der Erhöhung der Brotmenge für ihre Familienmitglieder.

Fortfall der fleischlosen Wochen. Amtlich wird jetzt mitgeteilt: Für die am 18. Nov. beginnende Woche kann die Aufbringung und Heranschaffung von Vieh und Fleisch aus technischen Gründen nicht mehr in die Wege geleitet werden. Es muß daher dabe verbleiben, daß die Woche vom 18. bis 24. Nov. fleischlos ist. Es wird aber diese Woche die letzte fleischlose Woche sein. Die für Dez. 1918 und Januar 1919 in Aussicht genommenen fleischlosen Wochen werden in Wegfall kommen, da zu erwarten ist, daß durch die bevorstehende Demobilisierung die nötigen Fleischmengen für die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung frei werden.

Waidkäse keine Lebensmittel für Deutschland. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus dem Haag: Der Lebensmittelausschuß der alliierten Länder erklärt, daß er von einer Waidkäse-Importation und damit verbunden, wonach Deutschland demnächst ein gewisses Quantum Fett, Fleisch und Mais erhalten, nichts wisse. Das britische Lebensmittelamt erklärt, daß über eine derartige Anweisung für Deutschland mit dem Lebensmittelamt nicht verhandelt wurde, und daß keinerlei Vorräte nach Deutschland geschickt werden, ehe der Rat genau weiß, wie die Verhältnisse in Deutschland liegen.

Aufhebung der Volkszählung. Unter den inzwischen eingetretenen Verhältnissen wird die Durchführung der Volkszählung am 4. Dez. 1918 und einer sich daran anschließenden Fortschreibung der Zivilbevölkerung, insbesondere wegen der starken Bevölkerungsverschiebungen, welche durch die Demobilisation und das Zurückfließen der Heeresangehörigen in die Heimat bewirkt werden, auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, auch dürfte die Ergebnisse dieser Erhebungen sehr unzuverlässig ausfallen. Es ist daher von der Reichsleitung angeordnet, daß die Bundesratsverordnungen vom 12. Okt. 1918 über die Volkszählung und über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung nicht in Wirksamkeit treten und die dafür eingeleiteten Vorbereitungsarbeiten eingestellt werden.

Ärztliche Untersuchung der Heeresangehörigen. Um der Gefahr, daß ansteckende Seuchen und Krankheiten sich in unserer Volks verbreiten, zu begegnen, hat das Demobilisationsamt in Berlin angeordnet, daß sämtliche Angehörige des Heeres und der Marine ärztlich zu untersuchen sind. Soweit das Vorhandensein von Ungeheuer festgestellt wird, ist sofort eine Entlassung vorzunehmen. Bei übertragbaren Krankheiten, insbesondere bei Geschlechtskrankheiten, findet eine besondere ärztliche Behandlung statt. Die Behandlung und Verpflegung erfolgt in den Lazaretten unentgeltlich, und die Familienunterstützungen werden weiterbezahlt. Ein Aufruf an die Arbeiter. Ein Gebot der Stunde! Im Interesse der Befreiung der Hemmungen der öffentlichen Verkehrsmittel richtet der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an die Arbeiterschaft nachstehenden Aufruf:

Mit Eintritt des Waffenstillstandes entfällt die Notwendigkeit der Ausführung weiterer Heeresaufträge. Zahlreiche Arbeiter, die durch irgendeinen Zwang ihre ihnen liebgewordene Beschäftigung aufgeben und Arbeit in der Rüstungsindustrie angenommen haben, werden dadurch frei und, ledig jeden Zwanges, Herr ihrer selbst. Der nun einsetzende Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft verlangt dringend die Verwertung der Kenntnisse und Erfahrungen jedes Einzelnen am rechten Plage. Darum kehre jeder zu seiner früheren Beschäftigung zurück! Sie dürfte ihm die beste Verwertung seiner Arbeitskraft und Befriedigung gewährleisten. Diese Mahnung gilt besonders den Arbeitern die auf Lokomotiv- und Eisenbahnwagen-Bau beschäftigt gewesen sind, ehe sie zum Heeresdienst eingezogen oder zur Rüstungsindustrie übergegangen sind. Alle die hier keine ausreichende Beschäftigung, mehr, oder in Bälde mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, finden im Lokomotiv- und Eisenbahnwagenbau lohnende und ausreichende Beschäftigung. Der Zustand unserer öffentlichen Verkehrsmittel ist besorgniserregend. In ihrer jetzigen Verfassung bilden unsere Eisenbahnen eine ernste Gefahr für unser Volk. Sie zu bannen ist Pflicht auch der Arbeiterschaft. Tausende Lokomotiven und Eisenbahnwagen müssen dem Feld abgetreten werden, Tausende andere sind unbrauchbar und harren der Instand-



Angewandte, Berlin O. 17.

Behebung des Geldmangels.

Die gegenwärtige Knappheit an Zahlungsmitteln hat zu erheblichen Erschwerungen des Verkehrs geführt. Zur Behebung des Publikums wird auf folgendes aufmerksam gemacht:
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg hat zur Behebung des Geldmangels bisher Bezirksgeld (20 und 5 Mark-Scheine) im Wert von 3 Millionen Mark ausgegeben. Die Gültigkeitsdauer der nur bis zum 30. November 1918 gültigen 20 Mark-Scheine wird verlängert werden.

Die Einlagen bei den Sparkassen und Banken liegen dort sicherer als andernorts, insbesondere in den Wohnungen der Einleger. Es bede deshalb niemand seine Einlagen lediglich zu dem Zwecke ab, sie selbst in Verwahrung zu nehmen. Er hindert dadurch zum Schaden der Allgemeinheit den Geldumlauf.

Zur Behebung des Geldmangels dient auch der bargeldlose Zahlungsverkehr. Von dieser Einrichtung wird viel zu wenig Gebrauch gemacht. Die Unterhaltung eines Kontos bei der Gemeindegroßkasse, die sich in jedem größeren Orte des Bezirkes befindet, oder beim Postamt, bei der Reichsbank oder bei einer anderen Bank wird angelegentlich empfohlen.

Weiter wird folgendes angeordnet:

1.) Der Bedarf an Zahlungsmitteln für die Auszahlung von Löhnen, Gehältern, Renten und Unterhaltungen ist bei den Banken 8 Tage vor dem Auszahlungstage, erstmalig bis zum 25. November 1918, anzumelden. Die Anmeldung des für Löhne und Gehälter nötigen Bedarfs derjenigen Betriebe, bei denen ein Arbeiterauschuss besteht, ist von diesem mit zu unterschreiben.

2.) Die Privatbanken haben ihren Geldbetrag bis Dienstag jeder Woche bei der Reichsbank anzumelden. Sie haben sich dabei der größten Beschränkung zu befleißigen.

3.) Abgesehen von den in Ziffer 1 aufgeführten Fällen dürfen die Banken Zahlungen an ein und dieselbe Person und im Einzelfalle in der Regel nur bis zur Höhe von 200 Mark, innerhalb einer Woche nur bis zur Höhe von 600 Mark leisten. Werden größere Beträge

verlangt, so hat der Kontowahrenter nach pflichtmäßigem Ermessen über deren Notwendigkeit zu entscheiden. Er kann die Vorlegung von Belegen (Rechnungen und dergl.) verlangen. Diese Bedingungen gelten auch für die Gemeindegroßkassen, sofern sie nicht auf Grund der Sparkassenordnung die Auszahlung der Einlagen von der vorherigen Rückzahlung abhängig machen.

4.) Die Reichsbank und der Arbeiter- und Soldatenrat für die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg sind berechtigt, sich von der Durchführung der Anordnungen unter 1-3, insbesondere durch Vornahme einer Prüfung bei den Banken zu überzeugen.

Schwarzenberg, am 19. November 1918.
Der Stadtrat Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.
Der Arbeiter- und Soldatenrat
für die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.
Paul, Uff. Cesar Schled.

Preisaushänge im Kleinhandel.

Es ist klage darüber geführt worden, daß die Vorschriften über den Preisaushang im Kleinhandel von den Geschäftsinhabern vielfach nicht befolgt werden.

Die Geschäftsinhaber werden daher auf die Vorschriften der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 20. Februar 1917, die Gemüße- und Obsthändler besonders auf die Verordnung des Ministeriums vom 2. Mai 1917 hingewiesen, nach der sie die von ihnen geforderten Preise täglich in ein Verzeichnis unverwischbar einzutragen und dieses an dem Badenspiegel, Stand oder Wagen so anzubringen haben, daß es von jedem Käufer abgelesen werden kann.

Sämtliche Geschäftsinhaber bezw. Gemüße- und Obsthändler haben Bestrafung und nach Befinden auch Schließung ihres Geschäftes zu gewärtigen.

Schwarzenberg, am 19. November 1918.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.
Dr. Wimmer

Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln

im Gebiete des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

In Abänderung des § 4 Ziffer 2a und des § 13 Ziffer 1 der Bekanntmachung des Bezirksverbandes über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln vom 15. September 1918 wird bestimmt, daß nur die faulen und die weniger als 1 Zoll (27 mm) großen Kartoffeln veräußert werden dürfen.

Schwarzenberg, am 19. November 1918.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.
Dr. Wimmer.

Ablieferung des Roggengetreides an die Mühlen.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg vom 9. November 1918 (Ergeb. Volksfreund Nr. 283 vom 10. November 1918), Ausbruch des Brotgetreides betreffend, werden die Landwirte veranlagt, das schleunigst auszubrotende Roggengetreide sofort nach dem Verkauf an die in den Kaufverträgen bezeichneten Mühlen abzuliefern.

Zumitberhandlungen werden auf Grund von § 80 der Reichsgetreideverordnung für die Ernte 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Schwarzenberg, am 20. November 1918.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.
Dr. Wimmer.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt:
Paul Selbmann. — Druck und Verlag:
Vier Trud- u. Verlagsgesellschaft n. S. G.

Erzgebirgische Bank E.G.m.b.H. Schneeberg-Neustädtel · Hartenstein · Lauter i. Sa. · Spareinlagen günstigste Verzinsung.

Demokratische Versammlung aller Volkstreife

Sonnabend, den 23. November, nachmittag 6 Uhr

findet im Saale des „Bürgergartens“ eine

Versammlung aller Volkstreife

zum Zwecke der Vorbereitung der Wahlen zur Deutschen National-Versammlung statt.

Redner: Herr Schuldirektor Borwerk, Untersachsenberg.

Alle Kreise der Bevölkerung von Aue und Umgebung sind eingeladen.

Demokratischer Wahlauschuss für die Deutsche National-Versammlung.

Spielwaren - Ausstellung Panorama

fertiggestellt. Große Auswahl noch in allen Artikeln. Günstige Kaufgelegenheit für Händler. Puppenklinik — Reparaturen erhalte rechtzeitig.

Zwickau. Ferd. Pietzsch.

Beyer's Zahnpraxis

Bahnhofstraße 11.

Habe meine Tätigkeit in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Dentist Beyer,

Sprechzeit: 9—12, 2—6, Sonntag 9—12 Uhr.

Ausverkauf!

Wegen Aufgabe meines Spielwaren-Geschäftes verkaufe sämtliche

Puppen und -Ersatzteile zu billigsten Preisen.

Frau Sparschuh, Felleur-Geschäft, Ernst-Papst-Str. 2.

Zöpfe

fertigt sauber und gut von dasugegebenen Haaren unter Garantie der Verwertung

Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48 am Wettinplatz
Berechtigte amtliche Hauptkontrollstelle für Kriegszöpfe.

Kartoffeln

treffen von heute an täglich ein. Aufseine bitte ich sofort einzulösen. Tag der Abholung wird im Geschäft Mozartstraße 1 bekanntgegeben.

Willy Möser
Mozartstr. 1, Teleph. 357.

Panorama

Aue, Ernst-Papst-Str.
Täglich v. 4 Uhr an geöffnet,
Sonntag und zum Jahrmarkt
von 2 Uhr an. Diese Woche:

Oberbayern I.
Berchtesgaden, Königssee usw.
Großartig feine Bilder.
Zu freundl. Besuche ladet ergeb. ein D. Ullmann u. Frau.

Erfinder

erhalten unentgeltlich Patentschutz und Auskunst in Gebrauchsmustersachen, sowie Verwertung von Erfindungen. Wer sich vor Schäden und Enttäuschungen schützen will, wende sich vertrauensvoll an mich.

Mag. Joh. Gerkner,
Aue i. Sa., Wittenerstr. 88.

Für 181. Neufassung wird liebes- u. gute Gedanken gesucht. Voraussichtliche der Arbeiten Bedingung! Best. Angebote mit Preis unter N. 2. 5213 an Vier Trudl.

Eine Uhrlette verloren.

Best. gute Uhrlette, abzugeben
Wettinerstr. 33, 3 r.

Wohnungsgesellschaft
Fuchspelzfragen
(Alaska) Nr. 86.50. Verkauf nur gegen Kasse. Umtausch gegen getatt. R. Thiermann, Leipzig, Blumenstraße 25.

Diele. Mannesperson, die heute einen kleinen gelb. Wagen u. stehendhüblig. Konhardi wegen ungenügender Verhältnisse den Wagen an Ort und Stelle wied. abzugeben, andernfalls polizeilich eingeschritten wird.

Geweckter Knabe

mit guten Schulkenntnissen, welcher Ostern die Schule verläßt und Lust hat, die

Zahnheilkunde gründlich zu erlernen, findet gute Lehrstelle bei Dentist Ernst Baumann, Schwarzenberg.

Hühner und Gähue

zu verkaufen bei
Scherrer,
Ernst-Papst-Str. 11

kleine Wohnung

Best. kleine Wohnung suchen sofort eine
Angebote unter N. 2. 5238 an das Vier Trudl. abet.

Am Bußtag abend 1/7 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unsere herzengute Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Frau Johanne verw. Böhm geb. Unger

In Ihrem 73. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Familie Hermann Böhm.

Die Beerdigung unserer lieben Entschlafenen findet Sonntag, den 24. d. Mts. mittags 1/2 2 Uhr vom Trauerhause, Albertstr. 4, aus statt.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei dem Tode unseres lieben

Woldemar und Theodor

danken wir allen nur hierdurch herzlichst.

AUE, den 22. November 1918.

Wilhelmine verw. Brunn
und Kinder.

Unserer lieben Helmgegangenen ist viel Liebe und Ehre nachgefolgt, und uns Bleibenden ward innerste Teilnahme an unserem großen Leide entgegengebracht.

Für Beides danken wir nur hierdurch bewegten Herzens.

AUE, den 22. Nov. 1918.

Im Namen der Hinterbliebenen
R. Tränkner.